

„Wer sich treu bleiben will, muss sich verändern“

Katholische Akademie Berlin am 25. Februar 2010

- 1. Die Christlich-demokratische Union muss überzeugen und will als Volkspartei überzeugen. Damit verbietet sich die Alternative Stammwähler versus Wechselwähler, so beliebt diese Alternative auch sein mag. Sie verbietet sich ebenso wie die Konzentration auf diese und jene gesellschaftliche Gruppe, denn die CDU ist keine Klientelpartei. Eine Volkspartei muss selbstverständlich die Mitte im Blick haben. Sie fischt nicht an den Rändern. Sie besetzt keine Nischen. Deshalb gehört zur Gründungsgeschichte ausdrücklich der Anspruch, sich an alle Gruppen in der Gesellschaft zu wenden. Das ist nicht das Ergebnis von Modernisierung. Das gehört zum Gründungsimpuls.**
- 2. Zu unserem Selbstverständnis gehört: Politik ist die Gestaltung des Öffentlichen. Sie betrifft die Sorge um öffentliche Güter und jenes Wertefundament, das eine Gesellschaft trägt, prägt und zusammenhält. Zusammenhalt stiften weder rein technokratische noch materialistische Politikentwürfe. Dazu gehören Überzeugungen und ein Wertefundament, das Identität stiftet. Konrad Adenauer hat die CDU beschrieben als „eine große Volkspartei und eine Partei, die auf den ethischen Grundsätzen des Christentums beruht“.**

- 3. Die CDU muss in ihrem Handeln verstehbar bleiben für ihre Mitglieder, Stammwähler und Sympathisanten – für die also, denen die Partei am Herzen liegt. Wenn das misslingt, dann hat sie ein Problem: dann vermögen die, die für sie argumentieren, schwerlich Argumente zu finden. Dann verliert sie Überzeugungskraft, weil die Überzeugten nicht mehr sprechfähig sind. Deshalb gilt für die CDU heute – wie in den vergangenen sechs Jahrzehnten: Sie muss neben der Gestaltung des politischen Alltags über ihre Überzeugungen sprechen und darüber, wie sie diesen Überzeugungen gerecht wird. Sie muss kritische Anfragen ernst nehmen und das Verhältnis zwischen Tradition und Modernität immer wieder reflektieren.**

- 4. Die Erfahrung lehrt, dass jeder Institution Traditionsbildung in dem Maße gelingt, in dem sie den Grundsatz befolgt: Wer sich selbst treu bleiben will, muss sich wandeln. Dieser Zusammenhang ist vielfach beschrieben worden, unter anderem im Zusammenhang mit kirchlicher Entwicklung. Ich erinnere an den Satz von Karl Rahner: „Wer grundsätzlich verbieten will, dass der Wille zu Zukunft auch ein Wagnis in das Unbekannte ist, der will im Grunde Freiheit und Geschichte abschaffen.“ Und weiter: „Der Streit der Christen kann darum in ihrem Verhältnis zur innerweltlichen**

Zukunft sich nur auf eine sinnvolle und verantwortliche Dosierung von Planung und Wagnis ins offene Dunkel der Zukunft beziehen.“

5. So müssen sich Christen weder auf alles Neue stürzen, nur weil es anders ist, noch dürfen sie den Eindruck erwecken, die jeweilige Gegenwart mehr zu lieben als die Zukunft. Drastischer formulierte Papst Johannes XXIII. zur Eröffnung des Konzils im Oktober 1962: „In der täglichen Ausübung unseres Hirtenamtes verletzt es uns, wenn wir manchmal Vorhaltungen von Leuten anhören müssen, die zwar voller Eifer, aber nicht gerade mit einem großen Sinn zu Differenzierung und Takt begabt sind. In der jüngsten Vergangenheit bis zur Gegenwart nehmen sie nur Missstände und Fehlentwicklungen zur Kenntnis. Sie sagen, dass unsere Zeit sich im Vergleich zur Vergangenheit nur zum Schlechteren hin entwickle. Sie tun so, als ob sie nicht aus der Geschichte gelernt hätten, die doch eine Lehrmeisterin des Lebens ist, und als ob bei den vorangegangenen ökumenischen Konzilien Sinn und Geist des Christentums, gelebter Glaube und eine gerechte Anwendung der Freiheit der Religion sich in Allem hätten durchsetzen können. Wir müssen diesen Unglückspropheten widersprechen, die immer nur Unheil voraussagen, als ob der Untergang der Welt unmittelbar bevorstünde.“ Mir scheint, dass wir in den Debatten um das „C“ bzw. die Seele der Partei nicht selten

eine vergleichbare Erfahrung machen. Beweislastig sind immer die, die verändern. Im Recht wägen sich jene, die dem Neuen misstrauen. Die Gründungsmitglieder der CDU jedenfalls haben dem Neuen getraut. Im Kölner Gründungsaufwurf heißt es: Wir wenden uns an jene, die „alte Bahnen und bisherige Denkweisen verlassen“.

Erlauben Sie mir einen letzten Hinweis auf kirchliche Entwicklung: Mit der Aufforderung des Papstes, die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen und im Licht des Evangeliums zu deuten, war auch gesagt: Kirche in ihrer bisherigen Geschichte ist nicht schon alles. Dahinter steht die theologische Überzeugung: „Jede geschichtliche Epoche, jede Gesellschaft trägt die Möglichkeit zu einer neuen Inkarnation des Evangeliums in sich.“ Zeichen der Zeit sind zu unterscheiden von allgemeinen Trends, die in der Regel so schnell verschwinden, wie sie gekommen sind. In jeder Institution aber gelingt Traditionsbildung nur in dem Maße, wie sie wandlungsfähig ist. Der Wandel darf sich nicht an Trends und deren Beliebigkeit ausrichten. Er muss orientiert sein an den Zeichen der Zeit. Genau dies beschreibt auch die Wandlungsnotwendigkeit und Wandlungsbereitschaft einer Volkspartei wie der CDU.

6. Das „C“ steht nicht für Beharrungsvermögen. Das führt zum Traditionsbruch. Wo Traditionen brechen, trägt die Seele Schaden davon. Renate Köcher hat kürzlich in der F.A.Z. eine Umfrage kommentiert, wonach die Bürgerinnen und Bürger sehr genau unterscheiden zwischen „christlich“ und „konservativ“. „Christlich“ habe eine positive Konnotation, „konservativ“ dagegen eine eher negative Konnotation. Die Umfrage zeigt weiter, dass eine Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger die CDU mit christlichen Werten in Verbindung bringt und sich zugleich für eine Politik pragmatischer Lösungen ausspricht. Das bezeichnet die klassische Spannung zwischen Maßstab und Erfolg. Klaus Hemmerle hat 1967 in seinem Buch „Unterscheidungen“ über diesen Zusammenhang geschrieben: „Politisches und Christliches können nur dann füreinander fruchtbar werden, wenn sie sich voneinander unterscheiden, um in solcher Unterscheidung Impuls füreinander zu werden.“ Und er sagt weiter: „Denn auch das Christliche kann von seinem Verständnis und in seiner Realisierung vom Politischen lernen.“ Er beschreibt die Politik als eine Kunst der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse, die in Ihrer Heterogenität von der Politik eine Gestaltung spannungsreicher Verhältnisse verlangt zwischen Idee und Wirklichkeit, Maßstab und Erfolg, Individualisierung und Gemeinwohl sowie Autorität und Partizipation. Er beschreibt ein politisches

Selbstverständnis, das nicht menschliches Heil, menschliche Würde und menschliche Freiheit schaffen will, sondern darum weiß, dass diese der Politik vorgegeben sind. Wenn Überzeugungen in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen sollen, dann braucht es dazu eine Mehrheit. Kompromisse sind nicht per se Verrat an Überzeugungen. Es gibt so etwas wie die ethische Würde des Kompromisses. Manchmal ist der Kompromiss zwingend, um durch Zustimmung zum kleineren Übel das größere Übel zu vermeiden. Und dann gibt es eben auch jene Themen, bei denen neue Wege begangen werden müssen, um sich selbst treu zu bleiben.

- 7. Das 2. Vatikanische Konzil spricht davon, dass Katholiken in Sachfragen zu unterschiedlichen Auffassungen kommen können. Deshalb gibt es zu zahlreichen Sachfragen eine Pluralität der Auffassungen unter Christen. Die Verschiedenheit der Auffassungen geht nicht entlang der Konfessionen, betrifft evangelische und katholische Christen gleichermaßen. Deshalb sollten sich jene, die eine bestimmte Auffassung für falsch halten, nicht gleich dazu hinreißen lassen, diese andere Auffassung als Vernachlässigung des Christlichen zu werten. Ein gutes Beispiel dafür ist die Familienpolitik. Wer Krippenplätze und Ganztageschulen befürwortet, spricht damit nicht für eine Verstaatlichung der Kindheit. Unter**

Christdemokraten sollte Konsens darüber bestehen, dass bei unterschiedlichen Auffassungen in der Sache doch eine gleiche Grundüberzeugung angenommen werden kann. Es gibt schwerlich einen Grund dafür anzunehmen, dass jene, die neue Wege gehen, das gemeinsame Wertefundament weniger Ernst nehmen, als die, die bisherige Wege für richtig halten.

- 8. Die CDU ist ein großes ökumenisches Projekt, keine katholische oder evangelische Partei. Auf ihrem ersten Bundesparteitag im Jahre 1950 definiert die CDU ihren Auftrag als kulturell, europäisch und sozial. Würde sie das heute tun, würde sofort die Frage gestellt, wieso in diesem Dreiklang „christlich“ nicht vorkommt. Weil das ist, so besteht die Gefahr, dass wir mit dem Begriff „christlich“ inflationär umgehen. Das gilt übrigens nach meiner Überzeugung auch für die Forderung, im Grundsatzprogramm der CDU müsse Jesus Christus vorkommen. Unbestritten ist, dass gläubige Christen an Jesus Christus als den Mensch gewordenen Gott glauben und das Christentum als keine rein intellektuelle Angelegenheit verstehen. Das Christentum verwirklicht sich in gelebter Überzeugung und Nachfolge. Es macht politisches Handeln über die Verantwortung vor dem Gemeinwesen rechenschaftspflichtig vor Gott und dem Gewissen. Von daher ist das „C“ ein Kompass, der nicht selten auch wie ein Stachel wirkt. Es bleibt ein Ärgernis**

sowohl für jene, die versuchen, sich der Kompliziertheit des politischen Alltags und des damit verbundenen Widerstreits der Interessen und Erwartungen zu entziehen. Gleichmaßen gilt es für jene, die den Pluralismus verwechseln mit Beliebigkeit und sich durch eine Hierarchie der Werte und Kriterien für ein verantwortetes politisches Handeln verschließen und damit geistige Führung durch die Politik aufgeben. Persönliche Frömmigkeit bedeutet nicht maßlose christliche Rhetorik, sondern eben persönliche Glaubwürdigkeit. Politische Relevanz im politischen Alltag haben die ethischen Grundüberzeugungen des Christentums. Auf sie können sich auch jene verpflichten, die die religiöse Grundlage dieser ethischen Grundüberzeugung nicht teilen. Es gehört zur Erfolgsgeschichte des Christentums, dass ihre ethischen Grundüberzeugungen Eingang gefunden haben zum Beispiel in die Verfassung unseres weltanschaulich neutralen Staates.

9. Ihre Seele verliert die CDU vor allem dann, wenn sie regierungsunfähig wird, weil ihr das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger fehlt. Sie strebt Macht und Mehrheit nicht um ihrer selbst Willen an. Sie wirbt um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, um eine Politik verwirklichen zu können, die dem christlichen Menschenbild gerecht wird. Konrad Adenauer hat dieses Menschenbild und die damit verbundene Überzeugung der CDU so beschrieben: „Nach dieser Auffassung ist weder der Staat, noch

die Wirtschaft, noch die Kultur Selbstzweck; sie haben eine dienende Funktion gegenüber der Person.“ Der Rekurs auf das christliche Menschenbild meint eine Politik, die vom Menschen ausgeht und ihm dient. Es ist eine Politik, die dem „Prinzip Verantwortung“ gerecht wird, das Hans Jonas formuliert hat. Was wir heute tun, wenn es um den Umgang mit natürlichen Ressourcen geht, um die Verfassung der öffentlichen Haushalte oder internationale Politik der Friedenssicherung muss Zukunftsperspektiven für künftige Generationen eröffnen. Und: Christlich-demokratische Politik wahrt die Freiheit. Konrad Adenauer hat es so formuliert: „Die persönliche Freiheit ist und bleibt das höchste Gut des Menschen.“

10. Wer eine christliche Seele vor allem als konservative Seele versteht, fügt ihr Schaden zu. Christen leben aus Überzeugungen, die furchtlos und demütig machen. Christen geben sich nicht zufrieden mit den Verhältnissen wie sie sind. Sie schöpfen aus ihren Überzeugungen Kraft zur Veränderung, um zu bewahren, was sich bewährt hat. Christen wissen darum, dass sie immer wieder aus dem Vertrauten aufbrechen müssen, um dem gerecht zu werden, was ihr Auftrag ist. Wo Christdemokraten das anstreben, müssen wir uns um die Seele der CDU nicht sorgen. Die CDU als Volkspartei muss die Mitte gewinnen wollen. Sonst ist sie keine Volkspartei!